

05.0412.02

Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates

zum

Ratschlag betreffend Neugestaltung des Matthäuskirchplatzes (Fonds „Mehrwertabgaben“)

vom 22. März 2005 / P050412

Den Mitgliedern des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt
zugestellt am 15. Juli 2005

1. Einleitung

1.1 Ausgangslage

Der Matthäuskirchplatz im Unteren Kleinbasel ist in den letzten Jahren einem immer stärker werdenden Nutzungsdruck ausgesetzt. Als zentrale Grün- und Freifläche im Quartier wird er von der Kirchgemeinde, den Anwohnerinnen und Anwohnern sowie den Schülerinnen und Schülern des angrenzenden Bläsischulhauses intensiv beansprucht. Bedingt durch die städtebauliche und damit einhergehende soziale Entwicklung hat der Matthäuskirchplatz eine grosse Bedeutung für die Lebens- und Aufenthaltsqualität des Quartiers.

Seit 1999 besteht eine Arbeitsgruppe aus Vertretungen der Verwaltung (Stadtgärtnerei, Schule, Polizei, Denkmalpflege, Fachstelle für Suchtfragen, Bau- und Vermögensverwaltung der Ev. Ref. Kirche) und des Quartiers (Verein „Matthäusplatz – unser Platz“, Kirchgemeinde, Elterngruppe, Mobile Jugendarbeit, IG Velo, Kompostgruppe, Quartiersekretariat), die sich mit der Zukunft des Matthäuskirchplatzes befasst.

Bis Ende 2003 wurden mit einem Objektkredit Sofortmassnahmen im Bereich Bläsischulhof und Kinderspielbereich realisiert. Langfristig wurde die Sanierung und Neugestaltung des Matthäuskirchplatzes als Hauptziel festgehalten. Die Stadtgärtnerei hat gemeinsam mit den oben genannten Arbeitsgruppe ein Gesamtkonzept entwickelt, welches die verschiedenen Nutzungsansprüche, Wünsche und Bedürfnisse unter einen Hut bringen soll.

Die Neugestaltung des Matthäuskirchplatzes wird durch verschiedene planerische und private Vorstösse im Umfeld des Platzes unterstützt. Der Matthäuskirchplatz profitiert von der positiven Ausstrahlung dieser Massnahmen.

In Zukunft dürften die neu gestaltete Dreirosenanlage und die umgestaltete Claramatte den Matthäuskirchplatz etwas entlasten.

1.2 Vorgehen der Kommission

Der Grosse Rat hat das Geschäft 05.0412.01 am 11. Mai 2005 an die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) überwiesen.

Die UVEK hat das Geschäft an ihrer Sitzung vom 20. Mai 2005 beraten. Von der Verwaltung standen Regierungsrätin Barbara Schneider und Herr Emanuel Trueb (Leiter Stadtgärtnerei und Friedhöfe) zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Die Kommission hat in Folge der geführten Diskussion vom 20. Mai 2005 (vgl. Kapitel 1.3) das Baudepartement beauftragt, die Kosten für ein redimensioniertes Projekt zu berechnen. Diese Kostenschätzung lag der Kommission an ihrer Sitzung vom 23. Juni 2005 vor.

1.3 Inhalt der Diskussion

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission begrüsst die angestrebte klare Teilung zwischen öffentlicher Nutzung im südlichen Bereich zur Feldbergstrasse und dem geschützten Spiel- und Aufenthaltsbereich im nördlichen Teil zum Bläsischulhaus. Die bestehende Grünfläche im Bereich des Kinderspielplatzes wird deutlich vergrössert und vielfältiger nutzbar.

Sowohl bei den Vertreterinnen und Vertretern in der Arbeitsgruppe zur Neugestaltung des Matthäuskirchplatzes als auch bei den Anwohnerinnen und Anwohnern ist der im Ratschlag präsentierte Vorschlag auf Ablehnung gestossen. Die Absicht, alle Interessen zu berücksichtigen, muss als gescheitert bezeichnet werden. Opposition regt sich hauptsächlich gegen die

Umgestaltung des – von der Feldbergstrasse gesehen – vorderen rechten Teils entlang der Mörsbergerstrasse. Die dortige Rasenfläche soll gemäss Ratschlag einem repräsentativen Vorplatz mit einheitlicher Bodengestaltung weichen. Die durchgehend chaussierte Platzfläche würde eine breitere Nutzung und Bepflanzung ermöglichen. Grosser Widerstand besteht im Weiteren gegen den Abriss der auf diesem Teil des Platzes stehenden Pergolas. Sie stellen einen Ort der Ruhe dar, der mit dem Abriss zu verschwinden droht.

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission ist der Meinung, dass ein Projekt nicht gegen den zum Ausdruck gebrachten Willen der Anwohnerinnen und Benutzer durchgezogen werden sollte. Sie spricht sich deshalb dafür aus, nur die unbestrittenen Teile des Ratschlags umzusetzen; dies auch auf die Gefahr hin, dass der Platz dadurch ein etwas „schiefes Gesicht“ erhält. Eine Rückweisung des gesamten Ratschlags erachtet die UVEK als nicht opportun, bedarf der Matthäuskirchplatz doch dringend einer Aufwertung.

Das Baudepartement kann sich angesichts der im Quartier herrschenden Stimmung mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden erklären.

Mit dem Herausbrechen des von der Feldbergstrasse gesehen vorderen rechten Teils aus dem Projekt zur Neugestaltung reduziert sich der Kostenrahmen um 435'400 CHF auf 2'325'000 CHF. Die Einsparung setzt sich folgendermassen zusammen:

- Belassung der Rasenfläche und der Pergola
- Verzicht auf neue Ausstattung, bestehend aus Sportgeräten samt geeignetem Untergrund, ergänzender Parkmöblierung, Anpassung der Werkleitungen und einer neuen Platzentwässerung

2. Antrag an den Grossen Rat

Die Kommission empfiehlt dem Grossen Rat mit 11 gegen 0 Stimmen, dem beiliegenden Grossratsbeschluss mit dem reduzierten Projekt zuzustimmen.

Die UVEK hat den vorliegenden Bericht am 23.6.2005 mit 13 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung verabschiedet und die Präsidentin zur Sprecherin bestimmt.

Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission

Die Präsidentin:



Gabi Mächler

Grossratsbeschluss

betreffend

Neugestaltung Matthäuskirchplatz

vom

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, nach Einsicht in den Ratschlag des Regierungsrates Nr. 05.0412.01 vom 22. März 2005 und in den Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission Nr. 05.0412.02 vom 23. Juni 2005 beschliesst:

Es wird ein Projektkredit von insgesamt CHF 2'325'000.- bewilligt, davon:

1. für die Neugestaltung des Matthäuskirchplatzes einen Baukredit von CHF 2'018'600.- (Preisbasis August 2004, Produktionskosten-Index PKI) zu Lasten der Rechnungen des Fonds «Mehrwertabgaben» (Investitionsbereich 1 «Strassen / Stadtgestaltung») Baudepartement, Departementsekretariat, Pos. 6010.010.20209.

2005: CHF 163'600.-

2006: CHF 1'555'000.-

2007: CHF 300'000.-;

2. einen Entwicklungsbeitrag von CHF 306'400.- zu Gunsten des Projektkredites zu Lasten der Rechnungen des Fonds «Mehrwertabgaben» (Baudepartement, Departementsekretariat, Pos. 6010.100.1006) aufgeteilt auf die Jahre 2007 – 2011.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem fakultativen Referendum.